

Juden erleben Ausnahmezustand an deutschen Hochschulen



Jüdische Studierende fühlen sich an vielen Hochschulen nicht mehr sicher.

Quelle: LWYang / CC by 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Israel-Hass, Hamas-Verherrlichungen, Angriffe auf jüdische Studierende: Seit dem 7. Oktober 2023 ist der Antisemitismus an deutschen Hochschulen präsenter denn je, heisst es in einem neuen Lagebericht.

Jüdische Studierende fühlen sich einem Bericht zufolge an deutschen Hochschulen nicht mehr sicher. Seit dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 befänden sich die Studierenden in einer «andauernden Ausnahmesituation», heisst es in dem am Donnerstag in Berlin von der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) und dem American Jewish Committee (AJC) vorgestellten Lagebericht.

Hanna Veiler, Präsidentin der JSUD, erklärte, viele Universitäten seien keine sicheren Orte mehr für jüdische Studierende: «Sie bleiben aus Angst dem Campus fern», versteckten ihre jüdische Identität oder trauten sich nicht, ihre Meinung zu äussern. Der Bericht führt als Beispiele unter anderem «Hörsaalbesetzungen unter Intifada-Rufen», offene Hamas-Rechtfertigungen, Beleidigungen, Einschüchterungsversuche und Angriffe auf Personen an.

Laut der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) gab es 2023 insgesamt 151 antisemitische Vorfälle an Hochschulen. Davon betroffen waren 38 Juden oder Israelis. 2022 waren es 23 Vorfälle sowie zwei Betroffene (2021: 16/2). Insgesamt registrierte RIAS von 2022 nach 2023 einen Anstieg von antisemitischen Vorfällen in Deutschland von knapp 83 Prozent auf 4'782 Vorfälle. Mehr als die Hälfte hätten sich nach dem 7. Oktober 2023 ereignet, heisst es in dem Bericht.

Freie Meinungs- und Wissensbildung in Gefahr

Veiler betonte, viele Hochschulen hätten das Problem mittlerweile erkannt: «Trotzdem reicht das vielerorts noch nicht aus.» Der Lagebericht sei eine Aufforderung an die Verantwortlichen, dafür zu sorgen, «dass Universitäten wieder sichere Orte für alle sind».

Der Direktor des AJC Berlin, Remko Leemhuis, erklärte, der Antisemitismus gefährde auch «die Universität als Ort der freien Meinungs- und Wissensbildung». Antisemitische Anfeindungen und Angriffe würden relativiert oder gar negiert. Straftaten müssten auch auf dem Campus verfolgt werden. Dies sei kein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Leemhuis appellierte an nichtjüdische Studierende und Universitätsangehörige, «bei Judenhas nicht länger wegzusehen».

Der Bericht enthält 15 Forderungen an die Hochschulen, darunter Ansprechpersonen für jüdische Studierende, den Ausschluss von Studierenden, die wegen einer antisemitischen Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sowie Fortbildungen zu modernem Antisemitismus. Ausserdem plädieren AJC und Jüdische Studierendenunion für eine Durchsetzung des Hausrechts bei Protesten von Menschen, die nicht der Hochschule angehören.

«Hotspot» Berlin

Als einer der «traurigen Höhepunkte» wird im Bericht der brutale Angriff Anfang Februar 2024 auf den Studenten der Freien Universität Berlin (FU), Lahav Shapira,

aufgeführt. Shapira war dabei von einem mutmasslichen Mitstudenten zusammengeschlagen und schwer verletzt worden.

Veiler betonte, Berlin sei bislang sicherlich ein «Hotspot» antisemitischer Vorfälle an Hochschulen gewesen. So könne die FU Berlin die Bezeichnung «Freie» in ihrem Namen streichen: «Jüdische Studierende können sich dort nicht mehr frei bewegen.» In der «Jüdischen Allgemeinen» hatte Veiler zuvor angekündigt, wegen des guten Abschneidens der AfD bei der Bundestagswahl Deutschland zu verlassen.

Dieser Artikel erschien bei [Pro Medienmagazin](#).

Zum Thema:

[Talk mit Giuseppe Gracia: Die Wurzeln des Antisemitismus](#)

[Steinmeier zu Antisemitismus: «Wegschauen ist keine Option»](#)

[Nicht mehr sicher in Europa: Juden in England und Frankreich vor schwerer Zukunft](#)

Datum: 05.03.2025

Autor: epd

Quelle: Pro Medienmagazin

Tags

[Judentum](#)

[Bildung und Schulen](#)

[Deutschland](#)